

Kommentare

Eine neue Phase der Frauenbewegung? Zum Frauenstreik am 8. März 2019

Es scheint, als sei die weltweite Frauenbewegung in den letzten Jahren in eine neue Phase eingetreten. Inspiriert unter anderem von der feministischen Bewegung in Lateinamerika gegen so genannte Femizide, wird die Idee eines Frauenstreiks derzeit international breiter diskutiert. So auch in Deutschland: Zum vergangenen 8. März riefen feministische Kampagnen- und Regionalgruppen Frauen*¹ dazu auf, sowohl Erwerbs- als auch Hausarbeit zu bestreiken. Landesweit wurden Aktionen und Demonstrationen organisiert, an denen sich Zehntausende und diverse politische Lager beteiligten.

Neu an dieser Art feministischer Mobilisierung ist vor allem die Form des Streiks, die Frauen* als Arbeiter*innen anspricht – sowohl im Beruf als auch zuhause. Denn die immer noch überwiegend von Frauen* verrichtete Hausarbeit wird gesellschaftlich – obwohl seit über 50 Jahren von Feminist*innen gefordert – nicht als die Arbeit anerkannt und dementsprechend auch nicht entlohnt (etwa durch Anrechnen der Erziehungszeiten auf die Rente), die sie ist: die Voraussetzung für die Produktion des Lebens und der Arbeitskraft.

Der politische Streik ist in Deutschland verboten. Der Frauen*streik bietet je-

doch auch die Möglichkeit, die Diskussion um politische Streiks neu anzustoßen und zugleich soziale Kämpfe miteinander zu verbinden, die in den letzten Jahrzehnten zu häufig getrennt voneinander geführt wurden.

Auch die punktuelle Zuspitzung auf die soziale Frage erweitert feministische Debatten um eine zentrale Dimension, die die Verknüpfung von Kapitalismus und Geschlechterungleichheit (wieder) zum Thema machen kann. Im Vorfeld des Frauen*streiks schien es mitunter fast so, als seien sich die beteiligten Aktivist*innen über den Zusammenhang von kapitalistischer Ausbeutung und Frauen*unterdrückung einig. Einige Frauen*bündnisse erteilten dem bisher dominanten(neo-)liberalen Feminismus daher eine klare Absage: Statt Quotenpolitik wurden Fragen sozioökonomischer Abhängigkeit und Ausbeutung ins Zentrum gestellt – eine wichtige und begrüßenswerte Entwicklung.

Darüber hinaus wurden die Abwertung von Care-Arbeit ebenso wie patriarchale Männlichkeitsbilder und sexualisierte Gewalt diskutiert und die Situation von LGBTIQ* – „Lesbians, Gays, Bisexuals, Trans, Intersexuals, Queers“ – einbezogen. Das zeigt, dass sich die soziale Frage durchaus mit vermeintlichen Identitätspolitiken vereinen lässt. Auch wenn das im Vorfeld zu Kontroversen geführt hat, formulieren viele Aktivist*innen der neuen feministischen Bewegung den Anspruch, Klassen- und Identitätspolitik nicht gegeneinander auszuspielen, sondern Gemeinsamkeiten zu suchen und zusammen zu kämpfen.

Inwiefern es sich beim Frauen*kampf zugleich um Klassenkampf handelt, wie einige Demonstrant*innen proklamierten, ist eine Frage, der sich

¹ Die Vorbereitungsgruppen hatten sich auf die Selbstbezeichnung „Frauen*streik“ geeinigt. Wir behalten diese Schreibweise hier bei. „Frauen*“ spricht sowohl Frauen an als auch Personen, die sich jenseits der binären Geschlechtszuschreibung zuordnen, aber gesellschaftlich als Frauen kategorisiert werden.

Linke sowie (marxistische) Feminist*innen künftig konsequenter widmen sollten. Doch so oder so gilt: Ausgehend von einem differenzierten Klassenverständnis, das die Rolle der Frauen* in der Reproduktionssphäre kapitalistischer Gesellschaften hervorhebt, sollten sich diese wieder als kollektives Subjekt im Kampf gegen die Ausbeutung der in dieser Sphäre geleisteten „unproduktiven“ Arbeit begreifen. Andersherum müssten politische Organisationen wie Gewerkschaften auch auf Bundesebene für eine konsequentere Geschlechtergerechtigkeit einstehen, die über sozialpartnerschaftliche Vereinbarungen wie Quoten oder Betriebskindergärten hinausgeht.

Am 8. März waren so viele Frauen* wie lange nicht mehr zum Frauentag auf den Straßen. Und längst geht es ihnen nicht mehr darum, für ihre Rolle im Betrieb mit Blumen gewürdigt zu werden. Das allein kann indes nicht Gradmesser erfolgreicher Bewegungen sein. Die entscheidende politische Weichenstellung findet jetzt, im Nachgang der Mobilisierung, statt. Der Frauen*streik bietet diverse Anknüpfungspunkte für andere linke Bewegungen: Die Auseinandersetzung um den Pflegenotstand etwa – ein Sektor, in dem vorrangig Frauen* beschäftigt sind und in dem Streikmobilisierungen in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben – bietet Ansatzpunkte für ein gemeinsames Projekt. In manchen Städten haben sich die entsprechenden Akteure bereits zusammengeschlossen und gemeinsam demonstriert. Solche Verbindungen müssen ausgebaut werden, auch zum Beispiel bei der Klimabewegung. Dabei muss die antikapitalis-

tische Grundhaltung im Zentrum bleiben bzw. dorthin gerückt und die internationale Zusammenarbeit intensiviert werden.

Dass der Frauentag in Berlin nun Feiertag geworden ist, kann nicht im Interesse einer kämpferischen Frauen*bewegung sein. Er darf kein Tag sein, an dem nur gefeiert und Wertschätzung durch Schokoladengeschenke oder ein bisschen Freizeit ausgedrückt wird. Die Frauen*streikbündnisse sollten darum eine kämpferische Grundhaltung entwickeln, ihre Mobilisierungsfähigkeit konsolidieren und politisch ausweiten. Dazu gehört der Schulterschluss mit anderen, beispielsweise der LGBTQ*-Community oder der „Fridays For Future“-Bewegung, ebenso wie Debatten darüber, ob und wie der Frauen*kampf in Zukunft als Klassenkampf geführt werden kann.

Kim Lucht und Janina Puder

Fridays for Future?

Seit Ende 2018 gehen weltweit immer freitags Schüler und Studenten von Fridays for Future (FFF) für eine andere Klimapolitik auf die Straße. Dabei bekräftigen sie stets, dass sie eigentlich nur die Anerkennung seit Jahrzehnten bekannter naturwissenschaftlicher Fakten einforderten und angemessene politische Entscheidungen erwarteten. Diese Selbsteinschätzung als pragmatische politische Übersetzer wissenschaftlicher Erkenntnis ist erstaunlich treffend. Zwar ist insbesondere der Diskurs der schwedischen Vorkämpferin Greta Thunberg radikal. Sie prangert zum Beispiel unmissverständlich an, dass unsere Zivilisation und unser Lebensraum geop-

fert würden, damit eine kleine Zahl an Menschen viel Geld verdienen und in Luxus leben könne. Sie plädierte auch bereits dafür, Regeln zu brechen, wenn diese der Veränderung der Welt im Wege stehen. Aber im Grunde ist die FFF-Bewegung in Deutschland mehrheitlich grünliberal. Nichtsdestotrotz müssen die Aktivisten für ihren mutigen zivilen Ungehorsam vom rechten Flügel des bürgerlichen Blocks von Merz-CDU bis AfD absurde Verleumdungen einstecken.

Die Schüler und Studenten vertreten mehrheitlich keine ökosozialistischen Positionen. Sie appellieren an die etablierten Politiker, wie sie es sagen, „ihren Job zu machen“. Die sechs Kernforderungen der deutschen FFF-Sektion und der Grundkonsens der Bewegung – die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens von 2015 und die Begrenzung der Erderwärmung zum vorindustriellen Niveau auf 1,5 bis 2°C – sind moderat. Die Forderung nach Beendigung der Subventionen für fossile Energieträger noch in diesem Jahr könnte Teil einer „ökorevolutionären Realpolitik“ sein, wenn man die Konzerne daran hinderte, die dadurch entstehenden Verluste durch Preiserhöhungen zu kompensieren. Aber den Ausstieg aus der Kohlekraft für das Jahr 2030 zu verlangen, fällt hinter Forderungen anderer Teile der Klima-Bewegung nach einem sofortigen Ausstieg aus der Kohle zurück. Und eine allgemeine CO₂-Steuer – auch „sozialverträglich“ gestaltet – ist falsch: Sie bedeutet, dass die Gesellschaft zahlen soll, was das Kapital verbrochen hat. Diese Form der Klassenblindheit ist leider virulent in der noch jungen Bewegung, in der überwiegend die ökologische Frage nicht als soziale, sondern eher als anthropologische und intergenerati-

onelle begriffen wird. Wie die bereits genannten sind auch die restlichen Forderungen nicht nur weitgehend identisch mit Vorschlägen der Partei Bündnis 90/Die Grünen und deren Jugendorganisation, denen einige Protagonisten der FFF-Bewegung angehören. Sie sind auch vereinbar mit der ökologischen Modernisierung des Kapitalismus.

Das ist kein Plädoyer gegen Reformen. Angesichts der realen Gefahren des Treibhauseffekts bedarf es einiger einschneidender Sofortmaßnahmen wie der Einstellung von Subventionen und Steuervergünstigungen für das gesamte fossile Kapital (Malm) etwa der Auto-, Fleisch-, Transport-, Rüstungs- und Energieindustrie. Ein Sofortausstieg aus der Fleischindustrie wäre wie das Ende der Kohlekraft ebenfalls sinnvoll. Vor allem müssten Reformen nach dem Verursacherprinzip gestaltet werden und die Produktion verändern. Man könnte z.B. eine CO₂-Steuer für das fossile Kapital entwickeln, aus deren Erlösen Umschulungen für Braunkohlenskumpels bezahlt werden. Auch ein zweckgebundener Fonds wäre denkbar, in den das fossile Kapital einen am CO₂-Ausstoß gemessenen Profitanteil einzahlen muss. Daraus könnten Staaten der Peripherie Projekte zum Aufbau grüner Energiegewinnung oder zum Schutz vor den Folgen des Treibhauseffekts finanzieren. Ein Moratorium für Rüstungsvorhaben und Bundeswehrwerbung könnte erlassen, bestehende Projekte abgesagt und das Geld in den öffentlichen Nah- und Fernverkehr gesteckt werden. Dieser gehört ohnehin umgehend in öffentliche Hand, müsste ausgebaut werden und seine Nutzung gratis sein.

Der dominante Kurs der FFF-Bewegung mindert nicht das Verdienst

von Greta und Co., den kapitalogenen Treibhauseffekt mit beachtlicher Verve und völlig zu Recht wieder auf die politische Tagesordnung gebracht zu haben. Die Linke muss FFF gegen die Angriffe von rechts verteidigen, ihre organisatorische Verstärkung fördern und Kräfte wie die „Antikapitalistische Plattform“, die „die Systemfrage stellen“, publizistisch und organisatorisch unterstützen. Das heißt auch, die Diskussion zu suchen, Foren dafür anzubieten und, auf Nachfrage, Ratschläge zu geben.

Christian Stache

Netanjahus Überleben. Zur Parlamentswahl in Israel

Bei Parlamentswahlen geht es stets um Machterringung und Herrschaftserhalt. Aber nicht nur. Für gewöhnlich vollzieht sich in ihnen auch ein agonales Ringen um die Durchsetzung von Gesinnung und Etablierung von Ideologie. Nicht so bei den jüngst verlaufenen Knesset-Wahlen in Israel. Zwar standen sich zwei Parteienblöcke gegenüber, und es wurde auch von „rechts“ und „links“ bzw. „links-liberal“ räsoniert, aber das war schales Gerede, der klägliche Anspruch, das, worum es eigentlich ging, substanzuell zu gewichten. Denn es ging letztlich einzig darum, ob der amtierende Premierminister Israels, Benjamin Netanjahu, wiedergewählt oder nach vier Amtsperioden endlich abgewählt werden kann.

Dass sich dies als eine so dezidiert personenbezogene Frage stellte, hatte vor allem damit zu tun, dass Netanjahu einerseits in Israel zutiefst verhasst ist, andererseits aber von einer ungebrochen treuen Anhängerschaft in höchstem Maß bewundert und

schwärmerisch angehimmelt wird. Ihm selbst ging (und geht) es um ein ganz spezifisches Überleben: Von der Polizei und der Staatsanwaltschaft wird ihm massive Korruption und kriminelle Verworfenheit vorgeworfen. Ihm soll – nach Anhörung – der Prozess gemacht werden, und mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln und Wegen trachtet er, sich diesem zu entwinden. Deshalb hat er die Wahlen vorgezogen – eine gewonnene Wahl soll(te) seine Gegner davor abschrecken, ihn seines Amtes zu entheben. Einem gewählten Premier macht man nicht leicht den Prozess; es gibt dafür sogar das sogenannte „französische Gesetz“, welches er emphatisch durchzusetzen bestrebt ist. Netanjahu darf sich – quasi „passiv“ – seines Machterhalts deshalb sicher sein, weil ihm über Jahre keine ernstzunehmende Opposition in Israel gewachsen ist, schon gar nicht eine anerkannte Führungsgestalt, die ihm die Herrschaft streitig zu machen vermöchte, und zwar weder innerhalb seiner Partei noch in irgendeiner anderen Partei der israelischen Politszene. Netanjahu hat die Wahl gewonnen, weil er fanatische Anhänger und eine impotente Opposition hat, nicht zuletzt aber auch deshalb, weil es eben keinen Kampf zwischen links und rechts gegeben hat.

Denn das Parteienkonglomerat (Blau-Weiß), das sich ihm gegenüber unter der Führung von Benny Gantz aufgebaut hat, ist mitnichten links gesinnt, es ist letztlich nicht weniger rechts orientiert als der von Netanjahu geführte Block. Nicht, dass es an realen Problemen, Herausforderungen und politischen Koordinaten fehlte, an denen sich eine Links-rechts-

Positionierung hätte schärfen können. Israel ist ein von sozialen Klüften, ethnischen Ressentiments, religiös-säkularen Konfliktachsen sowie von sicherheits- und außenpolitischen Kontroversen zutiefst durchwirktes Land. Aber nichts von alledem wurde bei diesen Wahlen thematisiert, nichts zum Programm erhoben, nichts zur ernsthaften Debatte gestellt. Der Konflikt mit den Palästinensern, Kernproblem der israelischen Politwirklichkeit seit vielen Jahrzehnten, wird von Netanjahu seit langem erfolgreich umgangen. Aber was hätte man in dieser Hinsicht von Blau-Weiß erwarten dürfen, zu deren Führung drei ehemalige Generalstabschefs zählen? Israel ist ein Land mit relativ hohem Lebensstandard, aber von sehr großen Klassendiskrepanzen gezeichnet. Wenn man darüber redet, dann nur larmoyant. Unter Blau-Weiß mit dem Kapitalismus-Ideologen Yair Lapid als weitere Führungsspitze durfte man auch in dieser Hinsicht nichts erwarten. Von der Lösung des Problems von Staat und Religion, das Israels Zivilgesellschaft in den letzten Jahren zunehmend unterminiert, muss hier ohnehin geschwiegen werden: Auf insgesamt 16 Mandate kamen allein die orthodoxen, für Netanjahus Koalitionsbildung unentbehrlichen Parteien (zu denen noch die rechtsradikalen Nationalreligiösen hinzugezählt werden müssen). Die Araber, als Bürger zweiter Klasse wahrgenommen und behandelt, sind von den Koalitionsbildungen Israels seit jeher ausgegrenzt. Worum ging es also in diesen Wahlen des grosso modo rechten Israel? Nur um Netanjahus Überleben. Und er hat überlebt. Das allein ist Symptom genug für den Zustand die-

ses Landes, der vorgeblich „einzigen Demokratie im Nahen Osten“.

Moshe Zuckermann

Privatkapital und Finanzeliten als Träger politischer Macht

Die „Konferenz der UN für Handel und Entwicklung“ (UNCTAD) ist seit der Gründung als Organ der Generalversammlung der UN im Jahre 1964 sicherlich eines der aufmüpfigsten Mitglieder der UN-Familie. Gegründet als Interessenvertretung der ‚Dritten Welt‘ stemmt sie sich seither gegen den neoliberalen Mainstream. Dabei wurde meist vermieden, andere UN-Organisationen offen anzugreifen, Ross und Reiter der „Hyperglobalisierung“ zu nennen. In einer aktuellen Veröffentlichung, vorgelegt zur Frühjahrstagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank (WB) im April, bricht sie mit dieser Praxis: „Unter dem Schirm der Welthandelsorganisation (WTO) und mit aktiver Unterstützung von IWF und WB“ sei ein System von Normen und Regeln durchgesetzt worden, „welches es ungebundenen Finanzinstitutionen und Unternehmen erlaubt, sich frei innerhalb und außerhalb von Grenzen zu bewegen und die Spielräume der Profitmacherei durch Privatisierung öffentlicher Funktionen ständig zu erweitern.“ (4) Gleichzeitig beschränken diese globalen Normen die Fähigkeit nationaler Regierungen, die Aneignung immer größerer Renten durch das Kapital zu begrenzen. Es könne daher nicht überraschen, dass die wachsende Impotenz der „policymaker“ dazu führt, das Misstrauen der Völker in die „technokratischen und politischen Eliten“ zu vergrößern (7).

Die Bilanz dieses in den 1970er Jahren eingeleiteten Prozesses, der 30 Jahre eines „gemanagten Kapitalismus“ ablöste, ist düster: Wiederkehrende Finanzkrisen, unkontrollierbare Finanzströme, die Explosion der Finanzanlagen (von 12 auf 300 Billionen US-Dollar zwischen 1980 und 2016) und der Schulden (von 60 auf 160 Prozent des Weltprodukts) stehen rückläufige Realinvestitionen, wachsende soziale Ungleichheit, Informalität und Unsicherheit der Arbeits- und Lebensverhältnisse gegenüber. Während diejenigen, die die „Furien der Hyperglobalisierung“ (9) entfesselt haben, von Wettbewerb und Wohlstand phantasieren, kontrolliert in Wirklichkeit eine „Handvoll mächtiger Akteure“ Märkte und Wertschöpfungsketten. Wenige „Krokodile“ und „Superstar Räuber“ (12) eignen sich immer größere Anteile der Wertschöpfung an. Mehr als ein Viertel des Reichtumszuwachses zwischen 1980 und 2016 floss in die Taschen der reichsten 1 Prozent der Weltbevölkerung. Die ärmere Hälfte erhielt magere 12 Prozent. Selbst dieser bescheidene Anteil ist wesentlich der Entwicklung in China und einigen asiatischen Staaten zu verdanken, die sich dem neoliberalen Trend entziehen konnten (18).

Die UNCTAD setzt dagegen ein Programm, das sie – in Anlehnung an Formulierungen bei Gründung des Bretton-Woods-Systems – „New Multilateralism for a global green New Deal“ nennt. Kernpunkt ist die Wiedergewinnung politischen Handlungsspielraums auf nationaler Ebene. Obwohl die UNCTAD z.B. in der Umweltpolitik ‚marktkonforme‘ Instrumente wie den Handel mit Verschmutzungsrechten oder Carbonsteuern nicht ablehnt, weist sie darauf hin, dass die

Voraussetzung für ihre Anwendung „starke und richtungsweisende Regulierungen und ein schrittweiser Aufbau langfristiger Investitionen“ seien. Nicholas Stern zufolge ist der globale Klimawandel der historisch bedeutendste Fall von Marktversagen: „Die Beibehaltung neoliberaler Orientierungen behindert die Umsetzung von Lösungen zur Überwindung der Klimakrise“ (23). Die Forderung nach Stärkung nationaler politischer Spielräume hat nichts mit rückwärtsgewandtem Nationalismus zu tun: Internationale Zusammenarbeit in einem ausgeglichenen System des Multilateralismus setzt voraus, dass die handelnden Nationen die Kontrolle über Kapitalflüsse und transnationale Konzerne wiedergewinnen.

Die im Bericht ausgebreiteten Fakten sind nicht neu, ihre Zusammenfassung aber gipfelt in einem geradezu vernichtenden Urteil: Es ist die Politik der letzten 40 Jahre, die zum „gegenwärtigen Zustand von Ungewissheit und Unsicherheit“, zu „finanzieller Instabilität, wachsender Ungleichheit und Klimakrise“ geführt habe (15). Es dürfte schwerfallen, diese Diagnose mit substanziellen Argumenten zu widerlegen. Zu offensichtlich ist, dass sich das neoliberale Versprechen, Deregulierung, Privatisierung und Globalisierung würden weltweit Wohlstand und Sicherheit schaffen, nicht einlösen lässt. Einfacher ist es, die Argumente der Kritiker zu ignorieren. Und genau das ist mit dem UNCTAD-Bericht passiert: Er wurde öffentlich und medial nicht zur Kenntnis genommen. Eine Internet-Recherche zeigt, dass keines der deutschen ‚Qualitätsmedien‘ den UNCTAD-Bericht auch nur erwähnt hat.

Jörg Goldberg